200 170 140 DIN 19 051 100 120

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

-2138

Archiv der Sozialen Demokratie * Bibliothek * Bonn

London, N. W. 7.
3, Fernside Avenue

Anfang September 1945

An Mitglieder und Funktionaere der Sozialdemokratischen Partei

Werte Genossen und Genossinnen !

Wir sind in den letzten Wochen wiederholt von Genossen und Genossinnen, die in Deutschland die Wiedererrichtung der Sozialdemokratischen Partei vorbereiten oder durchfuehren, nach unseren Auffassungen ueber die ersten organisatorischen und politischen Schritte fuer den Wiederaufbau der Partei gefragt worden.

Um diesen Wuenschen nachzukommen, unterbreiten wir den Genossen und Genossinnen im Lande in den nachstehenden Richtlinien die Gesichtspunkte, die nach unserer Auffassung in der Parteiarbeit in der naechsten Zukunft beachtet werden sollten.

1. Selbstverstaendlich soll der Wiederaufbau der Parteiorganisation sofort begonnen werden, sobald die Besatzungsbehoerden in ihren Zonen den Beschluss von Potsdam ueber die Zulassung demokratischer politischer Parteien in Kraft setzen.
Soweit es die Umstaende erlauben, sollen die Vorbereitungen für den Wiederaufbau schon jetzt durch persoenliche Unterhaltungen im Kreise von vertrauenswürdigen Parteigenossen begonnen werden.

2. Der Wiederaufbau der Parteiorganisation muss unter den in Deutschland zur Zeit gegebenen Bedingungen von unten auf geschehen. Die Genossen und Genossinnen, die die vorbereitenden Arbeiten uebernehmen, sollen zunaechst die Mitglieder der Partei und der ihr nahestehenden Organisationen (z.B.: S.A.J., R.B., Kinderfreunde usw.) organisatorisch erfassen, die bis zur Auflosesung der Partei im Jahre 1933 Mitglied waren, oder die waehrend der Hitlerdiktatur durch ihr Verhalten ihre Treue zur Partei bewiesen haben und die jetzt wieder bereit sind, aktiv fuer die Ziele der Partei zu wirken.
Dieser Kern einer zuverlaessigen Mitgliedschaft muss zunaechst geschaffen werden, damit wir die Organisation vor Spitzeln und neuen Konjunktur-Sozialdemokraten schuetzen. Selbstverstaendlich ist es die Aufgabe der Partei, sobald als moeglich ueber den Kern der fruecher organisierten Genossen hinaus neue Kraefte aus allen Altersgruppen und aus allen sozialen Schichten der

A89-2138

antifaschistisch gesinnten Bevoelkerung zu gewinnen.

3. Sobald in einem Ort der Kern der Parteigenossen sich zusammengefunden hat, soll die provisorische Leitung der Ortsgruppe die Fuehlung mit den sozialistischen Genossen oder Gruppen von Genossen aufnehmen, die vor 1933 in selbststaendigen Parteien oder Gruppen zusammengefasst waren (z.B. SAP und ISK), soweit solche Genossen oder Gruppen im Ort vertreten sind.
Es muss das Ziel sein, eine neue, einheitliche sozial-demokratische Partei aufzubauen, in der sich alle Sozialisten vereinigen koennen, die auf dem Boden des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus stehen.

4. Die neue Partei, die alle diese Kraefte umfasst, soll eine einheitliche Organisation sein, nicht eine Arbeitsgemeinschaft mehrerer organisatorisch selbststaendiger Gruppen.
Diese Forderung ist auch das Ziel der "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Grossbritannien". Die "Union" ist eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, der SAP, der Gruppe "Neubeginnen" und des "ISK". Sie hat in England waehrend des Krieges die gemeinsamen Auffassungen und Interessen ihrer Mitglieder vertreten.
Es ist die gemeinsame Auffassung aller Mitgliederorganisationen der "Union", dass die Arbeit der "Union" ihre Kroenung und ihren Abschluss finden soll in der Schaffung einer einheitlichen sozial-demokratischen Partei in Deutschland.
Es ist deshalb nicht erwuenscht, dass die in der Emigration gewaehlte Form der Arbeitsgemeinschaft mehrerer sozialistischer Gruppen unter Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Selbststaendigkeit der einzelnen Gruppen beim Wiederaufbau der politischen Bewegung in Deutschland uebernommen wird.

5. Die frueheren Sozialdemokraten werden in fast allen Orten zunaechst die ueberwiegende Mehrheit der Mitglieder der neuen Parteiorganisation bilden. Im Interesse der schnellen Verwirklichung des Zieles der Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei sollen jedoch, je nach den oertlichen Verhaeltnissen, Mitglieder der anderen sozialistischen Gruppen beim Aufbau und in der Führung der Ortsgruppen mit beteiligt werden.

6. Alle ueber den oertlichen Rahmen hinausgehenden Entscheidungen ueber die Zielsetzung, die Politik und den organisatorischen Aufbau der Gesamtpartei sollen den Beratungen und Beschluessen spaeterer Tagungen ueberlassen bleiben.
Als Richtlinien fuer die Politik der Partei bis zu diesem Zeitpunkt empfehlen wir die "Programmatischen Richtlinien" und das "Sofortprogramm fuer die oertliche Selbstverwaltung", die von der "Union" ausgearbeitet wurden.

7. Die neue Parteiorganisation muss sobald als moeglich auf der Grundlage der inneren Parteidemokratie ausgebaut werden.
Die provisorischen oertlichen Leitungen sollen sich deshalb sobald als moeglich in ordentlichen Mitgliederversammlungen zur Wahl stellen. Die Taetigkeit der Parteikoerperschaften und der Vertrauensleute der Partei soll der Mitberatung, der Kontrolle und der Entscheidung durch die Mitgliedschaft unterstehen.
Soweit der Aufbau der Parteiorganisation im Rahmen der frueheren Unterbezirke und Bezirke moeglich ist, sollen dabei die gleichen Richtlinien zur Anwendung kommen.
Oberstes Ziel muss sein, die neuen Repraesentanten der Partei so schnell als moeglich mit der vollen Autoritaet frei gewählter Vertrauensleute der Partei auszustatten.

8. Angesichts der allgemeinen grossen Not und angesichts der aussergewoehnlichen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der lebenswichtigen oeffentlichen Dienste wird eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien notwendig sein.
Die Partei soll diese Zusammenarbeit unter Wahrung ihrer organisatorischen und politischen Selbststaendigkeit bejahen, solange diese Zusammenarbeit die Partei nicht mit der Verantwortung fuer eine Politik belastet, die mit den Zielen der Partei und mit den Interessen der demokratisch gesinnten Deutschen nicht vereinbart werden kann.

9. Die gleichen Gesichtspunkte sollen auch fuer jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten gelten.
Anregungen der Kommunisten zur Bildung einer Einheitspartei oder zu oertlichen oder bezirklichen Verhandlungen ueber die Bildung einer Einheitspartei sind abzulehnen.
Die Frage der Bildung einer Einheitspartei mit den Kommunisten setzt die Klaerung wichtiger prinzipieller Fragen voraus: Zielsetzung und Politik einer solchen Partei, Stellung zur Demokratie, insbesondere zur inneren Parteidemokratie und die Sicherung der Unabhaengigkeit der Partei in ihren organisatorischen und politischen Entscheidungen.
Diese Fragen koennen nicht auf oertlicher oder bezirklicher Basis entschieden werden. Ueber sie kann nur eine Tagung der Gesamtpartei entscheiden unter Beruecksichtigung der Bedingungen und Erfahrungen der internationalen sozialistischen Arbei-

terbewegung.

10. Alle neu entstehenden Koerperschaften der Sozialdemokratie sollen sobald als moeglich in ihrem Organisationsbereich bei den zustaendigen Besatzungsbehoerden und bei den deutschen Gerichten die Ansprueche der Partei auf das durch die Nazis geraubte Eigentum der Partei oder ihrer Nebenorganisationen geltend machen und Schadenersatzforderungen fuer das durch Eingriffe der Nazis zerstoerte oder beschaedigte oder entwendete Parteieigentum anmelden.

Unter den aussergewoehnlichen Umstaenden, unter denen der Aufbau der Partei erfolgen muss, kommt der Initiative jedes einzelnen Genossen entscheidende Bedeutung zu.
Diese Richtlinien koennen den Aufbau der Organisation erleichtern, aber sie koennen die Initiative nicht ersetzen. Wir hoffen aber, dass unsere Richtlinien diese Initiative anregen und verstaerken werden.

Es ist unser dringender Wunsch, sobald als moeglich in Deutschland selbst an der Erfuellung dieser Aufgaben mitwirken zu koennen. Zeitpunkt und Umstaende unserer Rueckkehr haengen jedoch nicht allein von uns ab. Solange wir den persoenlichen Kontakt mit den Parteigenossen im Lande nicht aufnehmen koennen, bitten wir alle Genossen und Genossinnen, die dazu in der Lage sind, schriftlich mit uns in Verbindung zu treten, falls sie unseren Rat wuenschen oder falls sie weitere oder von den vorstehenden Richtlinien abweichende Vorschlaege zu machen haben.

Wir verfolgen mit unseren Anregungen kein anderes Ziel, als im Sinne des uns von der Gesamtpartei gegebenen Auftrags unseren Genossen und Genossinnen im Lande beim Wiederaufbau der Partei zu helfen.
Wir hoffen, dass der Zeitpunkt nicht fern ist, an dem wir das uns uebertragene Mandat einer Tagung der Gesamtpartei zurueckgeben und als Mitglieder der wiedererstandenen Partei die Arbeit fuer die Partei an der Seite unserer Genossen und Freunde in Deutschland wieder aufnehmen koennen.

Mit sozialistischen Gruessen

Hans Vogel,

Vorsitzender

Erklaerung der deutschen Sozialdemokratie

Der totale Krieg, den Hitler begann, hat mit Deutschlands totaler militaerischer Niederlage geendet.
Das nationalsozialistische Regime ist zerfallen. Die Fuehrer der deutschen Wehrmacht haben die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet.
Millionen Toter, Verwundeter und Obdachloser, verwuestete Staedte, Chaos und weltweiter Hass gegen alles Deutsche sind das Ergebnis des Krieges, Elend und Verlust der Selbststaendigkeit Deutschlands sind seine Folgen.

Die Schuld an diesem Krieg tragen das nationalsozialistische Regime und der deutsche Militarismus. Beide muessen fuer immer verschwinden und die Schuldigen bestraft werden.
Wann immer das deutsche Volk die Abrechnung mit den Schuldigen vornehmen kann, sie sollen sich nicht der Verantwortung und der Strafe entziehen koennen. Aber die Folgen der Tatsache, dass das deutsche Volk dieses Regime nicht verhindert und es nach seiner Errichtung nicht gestuerzt hat, lasten auf uns allen. Diese Mitverantwortung verpflichtet das deutsche Volk, seinen Beitrag an der Wiedergutmachung der durch den Hitlerkrieg angerichteten Schaeden zu leisten.

Deutschland ist besetzt, geraume Zeit wird es seine Geschichte nicht selbst entscheiden koennen. Das deutsche Volk steht vor einer fast uebermenschlichen Aufgabe. Es kann nicht abtreten. Es muss wiederleben. Es muss sich eine neue Lebensbasis erarbeiten. Lebensmittelversorgung, Ingangsetzung der oeffentlichen Dienste, Wiederaufnahme und Umstellung der Produktion, dass sind die vordringlichen Aufgaben. An ihrer Loesung mitzuarbeiten, in loyalem Zusammenwirken mit den Besatzungsbehoerden ist Pflicht jedes deutschen Demokraten und Sozialisten.

\- - - -

Die neue deutsche soziale Demokratie, die unser Ziel ist, kann uns nicht von aussen gebracht werden. Sie kann nur durch das deutsche Volk selbst erarbeitet und sie muss gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Gegner erkaempft werden.

Wir erstreben ein Deutschland, das ueber seine Geschicke selbst entscheiden kann und das getragen wird von einer entschlossenen demokratischen Mehrheit unseres Volkes.
Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Entwicklung eines lebendigen demokratischen Bewusstseins im Volke. Die Wiederherstellung einer freien Presse und freier beruflicher und politischer Organisationen der auf dem Boden der Demokratie stehenden Kraefte des Volkes sind wesentliche Vorbedingungen. Wir hoffen, das unsere Bruderparteien in allen Laendern ihren Einfluss geltend machen, damit eine freie deutsche Arbeiterbewegung so bald als moeglich wieder hergestellt werden kann.

- - - - -

Wir deutschen Sozialdemokraten sind entschlossen, ein neues friedliches, demokratisches und soziales Deutschland aufzubauen. Diese Aufgabe ist schwer, aber es gibt fuer das deutsche Volk nur einen Weg in eine hellere Zukunft: Eine entschlossene Politik des Friedens und der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhaeltnisse in Deutschland, die den nationalistischen und militaristischen Kraeften im deutschen Volk fuer immer die Grundlagen ihrer Macht entzieht.
Der Erfolg dieser Politik wird nicht nur durch unsere Anstrengungen bestimmt. Er haengt auch ab von der Entwicklung einer neuen sozialen Ordnung in Europa.
Es ist unser Wunsch, an dieser Entwicklung gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kraeften, vor allem mit der sozialistischen Arbeiterbewegung, mitzuhelfen.
Der Sieg ueber die Hitlerdiktatur hat die Welt vor einer grossen Gefahr bewahrt. Dieser Sieg kann aber nur Fruechte tragen, wenn ihm ein Friede folgt, der allen Voelkern ein lebenswertes Dasein und auch Deutschland seine Einheit erhaelt und die Moeglichkeit seiner Wiedereingliederung in die Gemeinschaft der Völker gibt.

- - - - -

Fuer die deutsche Arbeiterbewegung beginnt jetzt ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Die deutsche Sozialdemokratie hat einen ununterbrochenen Kampf gegen die Hitlerherrschaft gefuehrt. Wir warnten das deutsche Volk vor 1933 : "Hitler bedeutet Krieg". Wir blieben allein. Die Diktatur erstickte die Stimme der Freiheit in den Konzentrationslagern. Die Welt schwieg. Nur die Tapfersten kämpften weiter. Sie opferten Freiheit und Leben.

Vom ersten Kriegstage an haben wir uns als Verbuendete der demokratischen Kraefte im Kampf gegen Hitler betrachtet. Unsere Parole war : "Stuerzt Hitler, rettet das Volk, beendet den Krieg." Deutsche Sozialdemokraten haben auch im Krieg ihren Kampf gegen Hitler fortgesetzt, sie waren fuehrend beteiligt an der Friedensbewegung vom 20. Juli 1944.
Jetzt muessen wir uns die Instrumente unseres Kampfes neu schaffen und unsere Arbeit unter Bedingungen beginnen, die beispiellos in der Geschichte unserer Bewegung sind. Wir haben aber in der harten Pruefung, die unsere Ideeen und ihre Anhänger bestanden haben, eine neue Bestaetigung der unzerstörbaren Lebenskraft unserer Ideen erhalten.
Die Maenner und Frauen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus ihr Leben hingaben, stellten diese Ideen hoeher als ihr Leben. Sie sind nicht umsonst gestorben. Die Maenner und Frauen, die jetzt aus den Konzentrationslagern und Gefaengnissen in die Freiheit zurueckkehren, sind in ihrer Ueberzeugung nur gefestigt worden.
Die Maenner und Frauen, die das verhaengnisvolle Experiment eines totalen Staates als denkende Menschen miterlebten, gehen mit neuer Entschlossenheit an die Aufgabe, eine politische und soziale Ordnung zu schaffen, die die Freiheit und die Wuerde des Menschen als die hoechsten Gueter achtet und schuetzt.
Gemeinsam mit allen, die guten Willens und von freiheitlichem Geist und demokratischen Idealen erfuellt sind, wollen wir wirken fuer Frieden, Freiheit, Recht und Sozialismus.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Hans Vogel, Vorsitzender

London, den 18. Mai 1945

Archiv der sozialen Demokratie ✱ Bibliothek ✱ Bonn

Eine Erklaerung des Parteivorstandes

zu der Frage der Wiederzulassung der politischen Parteien in allen Teilen des besetzten Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

"Die Wiederherstellung der Organisations- und Pressefreiheit fuer die demokratischen Kraefte des deutschen Volkes in allen Teilen des besetzten Deutschlands ist eine dringende Notwendigkeit. Ohne diese Freiheit ist es unmoeglich, die schweren Prob-

leme der Arbeitsbeschaffung, der Ernaehrung und Behausung zu loesen, eine neue soziale Demokratie in Deutschland aufzubauen und das deutsche Volk in die Gemeinschaft friedliebender Voelker zurueckzufuehren. Wir hoffen, dass der Zulassung antifaschistischer Parteien in der russischen Besatzungszone baldmoglichst eine gemeinsame Entscheidung aller Besatzungsmaechte und eine freie politische Betaetigung der demokratischen Kraefte in allen Teilen Deutschlands folgt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands grüsst die sozialdemokratischen Freunde, die die schwere Aufgabe des organisatorischen Wiederaufbaus der Partei in Berlin übernommen haben. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass auch die Sozialdemokraten in den uebrigen Besatzungszonen bald wieder ihre organisatorische und politische Taetigkeit aufnehmen koennen.

Die Aufgaben der gegenwaertigen Uebergangszeit, der Aufbau und die Sicherung eines neuen demokratischen Deutschlands erfordern ein kameradschaftliches und verantwortungsbewusstes Zusammenwirken aller deutschen demokratischen Kraefte. Diese Zusammenarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf gegenseitigem Vertrauen gegruendet ist und wenn alle beteiligten Parteien frei sind im inneren Aufbau ihrer eigenen Organisation.

Die Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden der inneren Parteidemokratie. Der organisatorische und politische Wiederaufbau der Partei kann daher nur auf dem Wege freier demokratischer Meinungsbildung und der freien Wahl der Funktionaere der Partei durch die Mitgliedschaft erfolgen. Die Konstituierung der Partei in den einzelnen Orten und Bezirken auf dieser demokratischen Grundlage muss daher eine der vordringendsten Aufgaben der Ausschuesse oder Gruppen von Sozialdemokraten sein, die sich den Wiederaufbau der Partei zum Ziel gesetzt haben.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hofft, dass auch bald die Voraussetzungen fuer die Abhaltung einer Tagung der Gesamtpartei geschaffen sein werden, an die der Vorstand das ihm von der letzten legalen Reichskonferenz der Partei im April 1933 uebertragene Mandat zurueckgeben kann und auf der die Delegierten nach mehr als zwoelf Jahren der Unterdrueckung und der Illegalitaet frei und unabhaengig ueber die Politik und die Leitung der wiedererstandenen Sozialdemokratie entscheiden koennen. Bis zu diesem Zeitpunkt fuehlt sich der Vorstand an sein Mandat der Treuhaenderschaft gegenueber der Gesamtpartei gebunden."

London, den 11. Juli 1945.